

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Christine Kamm BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

vom 27.11.2003

Leistungsvergrößerung im AKW Gundremmingen

Mit einem Antrag vom ⁴19. September 1999 hat die RWE Energie AG als Betreiberin des AKW Gundremmingen um die Genehmigung ersucht, die thermische Reaktorleistung im Block B und im Block C von jeweils 3.840 Megawatt auf 4.100 MW auszubauen. Dies sollte durch Ausnutzung technischer Reserven und durch Anhebung des Betriebsdruckes von derzeit 69,6 auf 72,6 bar erfolgen. Dadurch wollten RWE und EON die elektrische Bruttoleistung jedes der beiden Reaktoren von bisher 1.344 MW auf künftig 1.450 MW erhöhen. Das jetzt schon größte deutsche Kernkraftwerk würde noch mehr Strom liefern, aber auch die Atommüllproblematik vergrößern und mehr Radioaktivität abgeben.

Gegenüber verschiedenen Zeitungen (TAZ 4.11.99; Südwest-Presse 4.11.99; Augsburger Allgemeine 5.11.99) äußerte der Sprecher des für die Genehmigung zuständigen Bayerischen Umweltministeriums, dass man mit einer Genehmigungsdauer von schätzungsweise eineinhalb Jahren rechne. Umweltminister Dr. Schnappauf führte in einem Bericht vom 28.6.2000 zur geplanten Leistungssteigerung des Kernkraftwerkes Gundremmingen an den Landtag aus: „Prüfergebnisse sind jedoch erst im Frühjahr 2001 zu erwarten. Eine Genehmigung wird erteilt werden, wenn die erforderliche Sicherheit weiterhin gewährleistet ist und eine erkennbare Risikoerhöhung ausgeschlossen werden kann.“

Am 28.4.2000 forderten mit großer Mehrheit die Kreisträte des Landkreises Dillingen, der an das AKW anschließend in der Hauptwindrichtung liegt, zum Verzicht auf die beabsichtigte Leistungserhöhung auf.

Mit Bericht vom 20.12.2001 an den Landtag teilte Umweltminister Dr. Schnappauf überraschend mit, dass das AKW Gundremmingen den ursprünglichen Antrag auf Leistungserhöhung um 6,8 Prozent zurückgezogen und einen neuen Antrag für eine Leistungsvergrößerung um 4,2 Prozent gestellt habe. Dies könne man ohne Druckerhöhung erreichen. In diesem Bericht heißt es auch, dass das Genehmigungsverfahren sich dem Ende zuneige. Dies ist allerdings erklärungsbedürftig, da der neue Leistungserhöhungsantrag ja erst im Dezember 2001 gestellt wurde.

(In einem E-Mail vom 6.2.02 des Gundremminger Kernkraftwerkssprechers Dr. Lasch an den Verein „Energiewende atomkraftfreies Schwaben e.V.“ schreibt Dr. Lasch: „Die Arbeiten zur Leistungserhöhung mit Druckerhöhung werden

unvermindert fortgeführt.“ Zudem war auf der Homepage des AKWs z.B. am 13.2.02 zum Thema Leistungssteigerung u.a. eine Terminprognose zu lesen: „Die sicherheitstechnische Bewertung zeigt, dass das Kernkraftwerk Gundremmingen auch bei einem Betrieb mit höherer Leistung (geplant ab 2002) noch sicherer ist als vor einigen Jahren.“

Ich frage daher die Staatsregierung:

1. In welchem Stadium befindet sich derzeit das Genehmigungsverfahren zur Leistungserhöhung des AKW Gundremmingen? Wann ist voraussichtlich mit einer Entscheidung der Genehmigungsbehörde zu rechnen?
2. Wie beurteilt jetzt, nachdem die Verpflichtung der Genehmigungsbehörde zur Zurückhaltung mit wertenden Aussagen in laufenden Genehmigungsverfahren entfallen ist, das Bayerische Umweltministerium den zurückgezogenen Antrag, die Leistung der Gundremminger Reaktoren auch noch durch Erhöhung des Betriebsdruckes zu steigern?
 - 2.1. Ist die von Umweltminister Dr. Schnappauf gegenüber dem Landtag aufgestellte Bedingung, dass „die erforderliche Sicherheit weiterhin gewährleistet ist und eine erkennbare Risikoerhöhung ausgeschlossen werden kann“ nicht erfüllt worden?
3. Warum konnte im ersten und im Dezember 2001 abgebrochenen Genehmigungsverfahren nicht innerhalb der anfangs vom Ministeriumsvertreter vermuteten Zeit eine Entscheidung über die beantragte Leistungserhöhung von 6,8 % getroffen werden? Ist die Annahme zutreffend, dass die erforderlichen Sicherheitsnachweise von den Antragstellern nicht erbracht worden sind?
4. Wie viel Kosten hat das erste und dann abgebrochene Genehmigungsverfahren beim Umweltministerium als Genehmigungsbehörde verursacht und wurden diese Kosten von den Antragstellern bezahlt?
5. Warum ist bisher noch nicht über den zweiten Genehmigungsantrag vom Dezember 2001 entschieden worden, obwohl das Kernkraftwerk angegeben hatte, damit zu rechnen, schon ab dem Jahre 2002 die Reaktoren mit höherer Leistung betreiben zu können?
6. Ist dem Ministerium bekannt, dass in Deutschland ein Antrag auf Leistungserhöhung eines Siedewasserreaktors aus Sicherheitsgründen abgelehnt worden ist? Welche Schlussfolgerungen zieht das Bayerische Umweltministerium hieraus?
7. Welche Bedeutung misst die Staatsregierung der Forderung des Kreistages Dillingen bei, auf die Leistungserhöhung zu verzichten?

Antwort

des Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

vom 08.01.2004

Dem Beispiel zahlreicher in- und ausländischer Kernkraftwerksbetreiber folgend hat die Kernkraftwerk Gundremmingen GmbH eine Erhöhung der thermischen Reaktorleistung für die beiden Blöcke ihres Kernkraftwerks Gundremmingen II (KRB II) geplant. Das dafür notwendige atomrechtliche Genehmigungsverfahren wurde mit Antrag vom 14.09.99 in Gang gesetzt. Dieser Antrag war auf eine Erhöhung der thermischen Reaktorleistung von den bisher genehmigten 3.840 MW (11. atomrechtliche Teilgenehmigung vom 18.10.1984) auf künftig 4.100 MW gerichtet und wäre mit einer **Erhöhung des Reaktordrucks** verbunden gewesen. Eine solche Druckerhöhung hätte jedoch – wie sich im Zuge des Genehmigungsverfahrens herausgestellt hatte – eine umfassende Nachrechnung aller an den Reaktordruckbehälter anschließenden Rohrleitungen, Armaturen etc. nach dem neuesten Stand des kerntechnischen Regelwerks erforderlich gemacht. Derartige Nachrechnungen wären zwar grundsätzlich möglich gewesen, hätten aber den damaligen Kosten- und Terminrahmen des Antragstellers gesprengt und wurden deshalb zurückgestellt. Folglich wurde der Antrag vom 14.09.99 dann zurückgezogen und durch einen neuen Antrag vom 19.12.01 ersetzt. Der Neuantrag ist jetzt auf eine Erhöhung der thermischen Reaktorleistung von 4.000 MW gerichtet, die weder eine Erhöhung des Reaktordrucks noch andere technische Modifikationen an der Anlage erforderlich macht.

Der Landtag hat sich verschiedentlich mit dem Vorhaben befasst, insbesondere im Zusammenhang mit dem Beschluss vom 22.03.2000, Drs. 14/3258.

Zu 1.:

Das atomrechtliche Genehmigungsverfahren ruht derzeit praktisch. Somit kann auch keine Aussage zum weiteren zeitlichen Ablauf getroffen werden. Der Grund hierfür liegt darin, dass erst das Ergebnis der schon über ein Jahr dauernden bundesaufsichtlichen Prüfung der Leistungserhöhung im Kernkraftwerk Grafenrheinfeld – eine Art Pilotprojekt für Leistungserhöhungen unter der Aufsicht von Bundesminister Trittin – abgewartet werden soll.

Zu 2.:

Das Genehmigungsverfahren betreffend Leistungserhöhung auf 4.100 MW mit Druckerhöhung wurde ohne qualifiziertes Ergebnis abgebrochen und eingestellt. Somit kann auch keine belastbare Bewertung des Vorhabens durch die Genehmigungsbehörde getroffen werden. Das StMUGV ist jedoch der Überzeugung, dass der Nachweis der Genehmigungsvoraussetzungen grundsätzlich möglich gewesen wäre, wenn auch mit erheblichem Aufwand.

Die Erfüllung der von mir gegenüber dem Bayerischen Landtag genannten Bedingung (die erforderliche Sicherheit muss weiterhin gewährleistet und eine erkennbare Risikoerhöhung muss ausgeschlossen sein) hätte im vorgenannten

Zusammenhang dann auch belegt werden können.

Zu 3.:

Durch das Warten auf die bundesaufsichtliche Stellungnahme zur Leistungserhöhung beim Kernkraftwerk Grafenrheinfeld bis Ende des Jahres 2002 kam es zu einer zeitlichen Verzögerung des Genehmigungsverfahrens. Die Annahme, dass die erforderlichen Sicherheitsnachweise von den Antragstellern **noch nicht** abschließend erbracht worden sind, ist zutreffend.

Zu 4.:

Das erste, abgebrochene Genehmigungsverfahren hat bei der Genehmigungsbehörde keinen nennenswerten Aufwand verursacht, da die eigentlichen behördlichen Sachprüfungen mangels fertiger Gutachten noch gar nicht begonnen hatten. Dieser Aufwand wird bei der Kostenfestsetzung für die Entscheidung über den Folgeantrag (4.000 MW) mit berücksichtigt werden. Auf einen gesonderten Kostenbescheid an die Antragsteller für das abgebrochene Verfahren wurde seinerzeit aus diesem Grunde und aus Gründen der Verwaltungsökonomie verzichtet.

Zu 5.:

Hierzu wird auf die Antworten zu Fragen 1 und 3 verwiesen.

Zu 6.:

Nein. Rückfragen beim Genehmigungsregister des Bundesamts für Strahlenschutz und bei den zuständigen Genehmigungsbehörden ergaben, dass für die infrage kommenden Kernkraftwerke mit Siedewasserreaktor Krümmel, Brunsbüttel und Philippsburg I keine Anträge auf Leistungserhöhungen gestellt worden sind. Beim Kernkraftwerk mit Siedewasserreaktor Isar 1 ruht das mit Schreiben vom 04.04.00 beantragte Verfahren zur Leistungserhöhung auf Wunsch der Antragsteller. Eine Antragsablehnung ist somit in keinem Fall erfolgt.

Der einzige hier bekannte Antrag auf Leistungserhöhung, der durch die dortige Genehmigungsbehörde abgelehnt wurde, bezog sich auf das Kernkraftwerk Brokdorf.

Schlussfolgerungen für das KRB II sind daraus nicht zu ziehen.

Zu 7.:

Der angesprochene Beschluss des Kreistags Dillingen vom 28.04.2000 ist der Staatsregierung bekannt. Der für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren zuständige Projektführer des StMUGV hat an der fraglichen Kreistagssitzung teilgenommen und im Anschluss daran eine längere Fachdiskussion mit einer ebenfalls anwesenden Vertreterin des Umweltinstituts München, welche die Projektgegner im Kreistag fachlich unterstützt hat, geführt. Damit ist sichergestellt, dass alle fachlichen Gründe für den Kreistagsbeschluss im Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden. Im Übrigen ist der Kreistagsbeschluss als politische Willenserklärung ohne Bindungswirkung für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren zu werten.